

# ***Bauernbund Brandenburg***

## **Auf zum Herbsttreffen des Bauernbundes am 25. Oktober im Landkreis Potsdam-Mittelmark!**

Liebe Berufskollegen,

am 25. Oktober 2010 findet das inzwischen schon traditionelle Herbsttreffen des Bauernbundes Brandenburg statt, diesmal im Landkreis Potsdam-Mittelmark. Wir wollen uns wieder zwei interessante Betriebe anschauen und beim Bauernstammtisch in einem Landgasthof die besonders arbeitsreiche Zeit ausklingen lassen. Das Programm:

- 13.30 Uhr:       Landwirtschaftsbetrieb Hintze, Lilienthalstraße 20, 14550 Krielow  
550 ha konventionell: Getreide – Biogasmais – Mutterkühe – Mastfärsen  
zu erreichen über die Autobahn 10 (Berliner Ring), Ausfahrt Groß Kreuz
- 15.30 Uhr:       Landwirtschaftsbetrieb Rottstock, Dorfstraße 37, 14822 Deutsch Bork  
220 ha ökologisch: Getreide - Kartoffeln – Mutterkühe – Mastgänse – Solar  
zu erreichen über die Autobahn 9 (Richtung Leipzig), 2. Ausfahrt Beelitz
- 18.00 Uhr:       Bauernstammtisch in der “Lindenschenke”, Dorfstraße 44, 14547 Elsholz  
zu erreichen über die Autobahn 9 (Richtung Leipzig), 2. Ausfahrt Beelitz  
oder über die Autobahn 10 (Berliner Ring), Ausfahrt Michendorf  
Themen sind unter anderem:
- Strategie EU-Agrarhaushalt nach 2013
  - Enquete-Kommission Nachwendezeit in Brandenburg
  - Widerstand gegen neue Tagebaue und CO2-Endlager
  - Erfahrungsbericht über Gentechnikfreie Regionen
  - 10. Jahrestag BSE-Hysterie im November

Bringen Sie gern auch Berufskollegen mit, die Sie für den Bauernbund gewinnen wollen. Wir freuen uns auf das Wiedersehen in der Mittelmark!

*Karsten Jennerjahn*

*Reinhard Jung*



## Pressemitteilung 14. Juli 2010

### Bauernbund Brandenburg: Agrarsubventionen müssen einfacher und gerechter werden

Drei Jahre vor der Entscheidung über die Gemeinsame Agrarpolitik der Europäischen Union ab 2013 hat der Bauernbund Brandenburg eine radikale Vereinfachung der Agrarsubventionen gefordert. "Das jetzige System benachteiligt neue und wachsende Betriebe und es belastet die Landwirtschaft mit überflüssiger Bürokratie", begründet Bauernbund-Präsident Karsten Jennerjahn, Landwirt aus Schrepkow in der Prignitz, den Vorstoß des Verbandes.

Statt der bisherigen Betriebsprämie, die sich nach wie vor auf die 2003 bewirtschaftete Fläche bezieht, schlägt der Bauernbund einen einheitlichen Ausgleich für die jeweils aktuell bewirtschaftete Fläche vor. Und die Förderung einzelner Projekte der ländlichen Entwicklung will er ersetzen durch ein allgemeines Agrarumweltprogramm, bei dem jeder Hektar Ökologischer Landbau, Dauergrünland, Ackergras und Leguminosen einen zusätzlichen Bonus erhält. Jennerjahn: "Ein Ausgleich für die höheren Produktionskosten in Europa als Grundlage und ein Bonus für besondere ökologische Leistungen oben drauf – das wäre einfach, gerecht und für den Steuerzahler nachvollziehbar."

Gänzlich abschaffen möchte der Bauernbund das Kontrollsystem Cross Compliance, das den Landwirten umfangreiche Dokumentationspflichten aufbürdet. Daran kritisiert Jennerjahn vor allem die Umkehrung der Beweislast: "Derzeit gilt nicht die Unschuldsvermutung, sondern der Bauer muss nachweisen, dass er sich an geltendes Recht gehalten hat. Das ist völlig absurd und führt auf den Betrieben zu enormen bürokratischen Aufwand – übrigens auch bei den Ämtern, die das kontrollieren sollen."



*Gelegenheiten, die Vorschläge des Bauernbundes vorzustellen, gab es bei verschiedenen Gesprächen mit Landespolitikern im Sommer. So besuchte CDU-Generalsekretär Dieter Dombrowski die Höfe von Karsten Jennerjahn und Reinhard Jung in der Prignitz, Landwirtschaftsminister Jörg Vogelsänger und Abteilungsleiter Rüdiger Schubert nahmen an einer Vorstandssitzung teil, und der Fraktionsvorsitzende der Bündnisgrünen Axel Vogel war im Rahmen der Landpartie zu Gast bei Sylvia und Bringfried Wolter in Willmersdorf (Barnim).*

## Milchmarktpolitik in Brandenburg: Bauernbund und BDM bleiben dran und der Minister sagt zu, sich für faire Verträge einzusetzen

Beim Gespräch des Bauernbundes mit Minister Jörg Vogelsänger im Rahmen einer Vorstandssitzung in Mühlenbeck-Summt haben unser Vorstandsmitglied Jens Gerloff und Karin Beuster vom Landesteam des Bundesverbandes Deutscher Milchviehhalter (BDM) deutlich gemacht, dass die brandenburgischen Milchbauern kein Verständnis für die Politik seines Vorgängers hatten, mit der im Jahr 2009 alle Initiativen zur Milchmengenbegrenzung im Bundesrat abgeblockt wurden. Als Möglichkeiten, um eine Verbesserung der Situation herbeizuführen, wurden u. a. diskutiert:

- 1.) Stärkung der Milcherzeuger durch eine Mengenbündelung vor der Molkereiebene und
- 2.) faire Rahmenbedingungen für Molkerei-Lieferverträge der Zukunft.

Beim Thema Vertragsgestaltung sagte der Minister zu, sich für Verbesserungen einzusetzen. Gerloff stellte klar, dass die heute üblichen Verträge, die den Erzeuger zur Ablieferung über einen bestimmten Zeitraum verpflichten, ohne dass er vorher weiß, zu welchem Preis abgerechnet wird, nach Auffassung des Bauernbundes sittenwidrig sind. Erforderlich sei eine gesetzliche Regelung, die einen für eine bestimmte Menge zu zahlenden Preis als Bestandteil des Liefervertrages zwingend vorsieht. Vogelsänger versprach, die Rechtslage zu prüfen und ggf. über eine Bundesratsinitiative des Landes Brandenburg eine entsprechende Gesetzesänderung zu veranlassen.

## Bauernbund bittet: Von Theo Müller verklagte Milchbauern unterstützen mit 5 Euro über die Festnetz-Telefonnummer 0900 1920 210

Jens Gerloff, Vorstandsmitglied des Bauernbundes Brandenburg, hat es vor Ort miterlebt, als auf dem Höhepunkt des Milchstreiks vor zwei Jahren empörte Bauern aus Brandenburg und Bayern das Werk der zum Müller-Konzern gehörigen Sachsenmilch in Leppersdorf dichtgemacht haben. Eine Aktion, wie sie damals vor zahllosen Molkereien in Deutschland stattfand – absolut legitim angesichts der erpresserischen Marktpolitik der Molkereien, aber natürlich im Grenzbereich der Legalität. Als einzige Molkerei hat der Müller-Konzern Beteiligte auf Schadensersatz verklagt: den Bundesverband Deutscher Milchviehhalter (BDM), den Landesbauernverband Brandenburg sowie zwölf einzelne Bauern, darunter ein Mitglied des Bauernbundes Brandenburg.



„Der BDM wird das schultern können, und dass der Landesbauernverband Brandenburg verklagt wurde, ist schon kurios, nachdem dieser in der Anfangsphase alles getan hat, um den Milchstreik zu verhindern und nachher von seinen eigenen Mitgliedern quasi mitgerissen wurde“, meint Jens Gerloff: „Aber für den einzelnen Milchbauern ist so eine Schadensersatzklage – es geht immerhin um 680.000 Euro – schon eine enorme Belastung.“ Deshalb bittet Gerloff darum, die betroffenen Berufskollegen zu unterstützen durch Anruf der Festnetz-Telefonnummer 0900 1920 210. Bei jedem Anruf werden automatisch 5 Euro auf das Unterstützungskonto des BDM überwiesen, die nächste Telefonrechnung weist den Spendenbetrag aus (so dass er einfach über die Betriebskosten abgesetzt werden kann). Gerloff: „Ich hoffe, dass viele mitmachen. Theo Müller darf es nicht gelingen, die Bauern in die Knie zu zwingen.“

## Pressemitteilung 22. August 2010

### Bauernbund kritisiert: Landesregierung lässt Oderbruch absaufen

Der Bauernbund Brandenburg hat der Landesregierung vorgeworfen, die Verantwortung für großflächige Überflutungen von Feldern im Oderbruch zu tragen. "Nach den Regenfällen der vergangenen Woche sind bis zu 30 Prozent der Flächen nicht mehr zu bewirtschaften, das heisst es kann weder geerntet noch mit der Rapsaussaat begonnen werden", stellte Geschäftsführer Reinhard Jung am Wochenende beim Besuch von Mitgliedsbetrieben des Bauernbundes im Oderbruch fest. Das sei eine direkte Folge davon, dass sich das Umweltministerium seit Jahren weigert, die Alte Oder als zentralen Abfluss ordnungsgemäß zu räumen. "Spätestens seit dem nassen Sommer von 2007 ist das Problem bekannt. Offensichtlich plant Potsdam, die Region mit den ertragreichsten Ackerböden Brandenburgs in ein Feuchtbiotop und Wassersportparadies umzuwandeln", so Jung. Auch dass die Unterhaltung der Entwässerungsanlagen vernachlässigt wird und der Biber sich unkontrolliert ausbreiten darf, weise in diese Richtung.

Das Oderbruch sei ein Musterbeispiel für menschenfeindliche Umweltpolitik, kritisiert Jung: "Oben lassen Öko-Ideologen die Landwirtschaft absaufen, unten darf die Industrie ihr CO2-Giftmüll-Endlager vorbereiten. Und auf dem Deich steht der Landesvater und macht einen guten Eindruck."

## Pressemitteilung 24. August 2010

### Oderbruch – Bauernbund weist Aussagen der Umweltministerin als Irreführung zurück

Der Bauernbund Brandenburg hat die Aussagen von Umweltministerin Anita Tack, das Landesumweltamt habe die Abflussverhältnisse der Alten Oder deutlich verbessert und die Hochwasserlage im Oderbruch entspanne sich, als "bewusste Irreführung der Öffentlichkeit" zurückgewiesen. Vorstandsmitglied Manfred Wercham, der 280 Hektar Acker in Wilhelmsaue (Oderbruch) bewirtschaftet, erklärte, nach wie vor stünden rund ein Drittel der Flächen unter Wasser: "Wenn wir den Weizen Mitte September dreschen, hat sich die Lage im Bürokratsensessel vielleicht entspannt, für die betroffenen Betriebe ist es ein Totalverlust."

Das von Tack ins Feld geführte Sofortprogramm von zwei Millionen Euro für die Alte Oder bezeichnete Wercham als "Kosmetik". Der zentrale Abfluss des Oderbruchs sei verschlammte und zugewachsen, der Grundwasserstand infolge dessen (nach Zahlen des Landesumweltamtes) in den letzten zehn Jahren um knapp einen Meter gestiegen: "Hier hilft nur eine Grundberäumung, so wie es seit Friedrich dem Großen jede Generation gemacht hat, um die Kulturlandschaft Oderbruch zu erhalten."



*Manfred Wercham setzt sich dafür ein, dass die Alte Oder als zentraler Abfluss des Oderbruchs gründlich beräumt wird, um die Bewirtschaftung der Äcker langfristig sicherzustellen*

## Energiepolitik ist auch Agrarpolitik

### Interview mit unserem Präsidenten Karsten Jennerjahn über seine Ablehnung von CCS und die Forderung nach einer Energiewende in den Potsdamer Neuesten Nachrichten vom 28. Juli 2010

PNN: Der Bauernbund hat sich in der Vergangenheit immer wieder gegen die CCS-Technologie ausgesprochen. Was spricht aus Ihrer Sicht gegen die unterirdische Speicherung von Kohlendioxid?

Jennerjahn: Der Knackpunkt ist, dass man bei der ohnehin umweltschädlichen Braunkohleverstromung noch rund ein Drittel mehr Brennstoff benötigt, um das Kohlendioxid abzuscheiden, wegzupumpen und unter die Erde zu pressen. Außerdem wissen wir nicht, wie es sich dort verhält – scheitern die Pilotprojekte in Beeskow und Neutrebbin, was sich auch erst in hundert Jahren herausstellen kann, sind große fruchtbare Landstriche nicht oder nur eingeschränkt nutzbar. Selbst wenn man die ökonomisch wie ökologisch widersinnige Erhöhung des Brennstoffbedarfs außer acht lässt, stellt sich die Frage, warum man diesen komplizierten Beitrag zur Rettung des Weltklimas ausgerechnet in einer der wenigen dicht besiedelten, landwirtschaftlich nutzbaren Gegenden der Welt ausprobieren muss.

PNN: Aus Sicht der Landesregierung ist CCS notwendig, um weiter an der Kohleverstromung festhalten zu können. Ist die Braunkohle nicht notwendig, um eine stabile Energieversorgung gewährleisten zu können?

Jennerjahn: Was heißt schon notwendig? Mecklenburg-Vorpommern hat keine Tagebaue, das einzige Atomkraftwerk ist abgeschaltet und trotzdem herrscht dort kein Energienotstand. Niemand bestreitet, dass die Braunkohle für Brandenburg Bedeutung hat. Wir sehen aber auch die Opfer: Bei Manfred Stolpe sollte Horno das letzte Dorf sein, jetzt will Matthias Platzeck mit Grabkow, Kerkwitz und Atterwasch nochmal Verlängerung geben. Mit den Dörfern verschwinden alte Kulturlandschaften, zurück bleiben riesige Krater und ein massiv geschädigter Wasserhaushalt. Jeder weiß, dass das nicht ewig so weiter gehen kann. Die Bewohner der Dörfer ebenso wie die Beschäftigten der Energiewirtschaft brauchen Klarheit. Wenn noch eine Generation bei der Braunkohle Arbeit hat, ohne dass weitere Dörfer geopfert werden müssen, wäre dies aus unserer Sicht ein fairer Ausgleich.

PNN: Widerstände gibt es auch gegen den weiteren Ausbau erneuerbarer Energien, etwa bei der Windkraft. Welche Alternativen zur Braunkohlenutzung sehen Sie?

Jennerjahn: Sonne, Wind, Wasser, Biomasse und Erdwärme leisten schon heute erhebliche Beiträge zur Energieversorgung und verzeichnen hohe Wachstumsraten. Wie bei allen neuen Technologien gibt es Auswüchse, die Widerspruch herausfordern. Aus landwirtschaftlicher Sicht habe ich Bedenken gegen die Ausdehnung des Maisanbaus für die Biogasproduktion. Hier, genauso wie bei Wind und Sonne, ist die Politik gefordert, die Entwicklung in vernünftige Bahnen zu lenken.

PNN: Sie kritisieren die Landesregierung für ihre Energiepolitik. Immerhin hat sich das Land mit seiner Energiestrategie 2020 ehrgeizige Klimaziele gesetzt. Was macht die Landesregierung aus Ihrer Sicht falsch?

Jennerjahn: Das Hauptproblem ist die einseitige Fixierung auf Braunkohle, die in eine energiepolitische Sackgasse führt bis hin zu so absurden Vorhaben wie CCS. Wer durch Enteignungen und



*Landwirte aus dem Oderbruch und der Region um Beeskow tragen den Widerstand gegen die CO<sub>2</sub>-Endlager. Der Bauernbund unterstützt seine vor Ort aktiven Mitglieder durch Presse- und Lobbyarbeit. So fanden in den vergangenen Monaten mehrere inoffizielle Gespräche mit Landespolitikern statt, um neue Bündnisse zu schmieden und die Befürworter von CCS zu isolieren.*

Zerstörungen die Fortsetzung der Braunkohleverstromung ermöglicht, behindert damit natürlich die Entwicklung von erneuerbaren Energien, Energieeffizienz und Energiesparen. Man kann nicht beides gleichzeitig haben. Staatlich begünstigter Strom aus Braunkohle verschlechtert die Konkurrenzfähigkeit für alle Alternativen.

Letzten Endes geht es aber auch um das Dogma, dass Brandenburg auf Teufel komm raus Energie exportieren soll. Warum eigentlich, wenn andere das viel besser können? Heute haben wir wenigstens noch fruchtbaren Boden. Wenn wir so weiter machen mit Tagebauen und CCS, haben wir irgendwann gar nichts mehr.

PNN: Welchen Beitrag kann die Landwirtschaft für eine bessere Energiepolitik leisten?

Jennerjahn: Zuallererst kann die Landwirtschaft die Ernährung der Menschen in Brandenburg und Berlin sicherstellen. Ein satter Mensch friert nicht so schnell. Außerdem können wir mit Biomasse Energie erzeugen. Das wird, angesichts der begrenzten Fläche, sicher nicht der größte Beitrag sein. Aber darüber, dass sich unsere Rohstoffe energetisch verwerten lassen, nehmen wir an diesem Markt teil. Über unseren Zugriff auf den Boden profitieren wir zudem von Wind- und Solarparks. Energiepolitik ist damit immer auch ein Stück weit Agrarpolitik, und deshalb wollen wir die Wende hin zu den erneuerbaren Energien.